

---

-

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Hessisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Sonstige Angelegenheiten
Abteilung	6
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Überlanges Gerichtsverfahren unangemessene Verfahrensdauer Verzögerungsrüge Unwirksamkeit Wiedergutmachungsanspruch Feststellung der unangemessenen Dauer erkennbar aussichtslose Klage Prozessverhalten
Leitsätze	1. Eine Verzögerungsrüge ist regelmäßig unwirksam, weil zweckwidrig und daher rechtsmissbräuchlich erhoben, wenn der Entschädigungskläger mit ihr zuwartet, bis ein baldiger Verfahrensabschluss – auch ohne Verzögerungsrüge – sich abzeichnet, und also davon auszugehen ist, dass er sein Verhalten an dem Ziel orientiert hat, eine möglichst hohe Entschädigungssumme zu erhalten. 2. Zu der bei der Beurteilung einer unangemessenen Verfahrensdauer anzustellenden Gesamtabwägung und den dabei zu berücksichtigenden Umständen.
Normenkette	<a href="#">GVG § 198 Abs. 1 Satz 1</a> <a href="#">GVG § 198 Abs. 1 Satz 2</a> <a href="#">GVG § 198 Abs. 2 Satz 1</a> <a href="#">GVG § 198 Abs. 2 Satz 2</a> <a href="#">GVG § 198 Abs. 3 Satz 1</a> <a href="#">GVG § 198 Abs. 4 Satz 1</a> <a href="#">SGG § 202 Satz 2</a>
<b>1. Instanz</b>	
Aktenzeichen	-
Datum	-

## 2. Instanz

---

Aktenzeichen  
Datum

L 6 SF 7/19 EK AS  
08.07.2020

### 3. Instanz

Datum

-

I. Die Klage wird abgewiesen.

II. Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

IV. Der Streitwert wird auf 1.200,- Euro festgesetzt.

Tatbestand:

Der Kläger macht einen Anspruch auf Entschädigung in Geld wegen der nach seiner Auffassung unangemessenen Dauer des vor dem Sozialgericht Marburg unter dem Aktenzeichen [S 8 AS 330/11](#) geführten Verfahrens geltend.

Das Ausgangsverfahren betraf in erster Linie die Erteilung von Zusicherungen hinsichtlich der Übernahme von Aufwendungen für Unterkunft und Heizung im Vorfeld der beabsichtigten Anmietung einer neuen Wohnung (heute [ 22 Abs. 4](#) Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende [SGB II], damals [ 22 Abs. 2 SGB II](#)); es hatte folgenden Hintergrund: Der im Oktober 1970 geborene Kläger erhält seit dem 1. Januar 2005 Arbeitslosengeld II von dem Beigeladenen. In den Jahren 2010/11 befand er sich auf Wohnungssuche. In diesem Zusammenhang fragte er mit E-Mail vom 3. September 2010 unter Beifügung eines entsprechenden Angebots bei dem Beigeladenen an, ob die Anmietung einer konkreten, in A-Stadt gelegenen Wohnung zustimmungsfähig sei. Dies verneinte der Beigeladene mit E-Mail vom gleichen Tag, da die Mietaufwendungen nicht angemessen im Sinne von [ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II](#) seien. Mit einer weiteren E-Mail zwei Tage später bat der Kläger um Erteilung der Zustimmung hinsichtlich einer anderen, ebenfalls in A-Stadt gelegenen Wohnung. Auch hierzu teilte der Beigeladene, und zwar in einer E-Mail vom 6. September 2010, mit, dass die Kosten die Angemessenheitsgrenze überstiegen und deshalb keine Zustimmung erteilt werden könne. Der Kläger legte gegen diese Mitteilungen sowie gegen die für die Bemessung angemessener Kosten von Wohnraum maßgebliche "Dienstanweisung" – tatsächlich handelt es sich offenbar um ein an die Leistungsberechtigten ausgegebenes Hinweisblatt des Beigeladenen – Widerspruch ein, den dieser durch Widerspruchsbescheid vom 14. September 2011 zurückwies.

Daraufhin erhob der Kläger am 17. Oktober 2011 Klage zum Sozialgericht Marburg. Die Begründung beschränkte sich auf folgende Ausführungen: "Die Klage ist zulässig und begründet. Mit dem angegriffenen Widerspruchsbescheid ist das Vorverfahren beendet. Der Kläger ist, wie es bei dem Beklagten üblich

---

ist, nicht vor Erlass der Bescheide gehört worden. Bei dem Widerspruchsbescheid verhält es sich gleich. Weiterer Vortrag folgt."

Bereits kurz nach Klageerhebung, am 1. Dezember 2011, zog der Kläger in eine andere, von ihm noch heute bewohnte Wohnung, hinsichtlich derer der Beigeladene, soweit ersichtlich, die anfallenden Aufwendungen in tatsächlicher Höhe übernahm.

Das Ausgangsverfahren entwickelte sich wie folgt: Mit Eingang bei Gericht am 5. Dezember 2011 beantragte der Beigeladene die Abweisung der Klage und verwies zur Begründung auf seinen Widerspruchsbescheid. Kurz darauf forderte das Bundessozialgericht wegen eines anderen Verfahrens des Klägers beim Sozialgericht die vom Beigeladenen übersandten Verwaltungsakten an, das die Akten wunschgemäß dorthin übermittelte. Der Beigeladene legte dem Sozialgericht sodann mit Schreiben vom 26. März 2012 die von dort unter dem 6. Dezember 2011 angeforderten "Hinweise zur Angemessenheit von Unterkunfts-kosten" vor, gegen die sich der Kläger gewandt hatte.

Nachdem zwischenzeitlich kein weiterer Schriftverkehr erfolgt war, hörte das Sozialgericht die Beteiligten des Ausgangsverfahrens mit Schreiben vom 27. Juni 2014 zu einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid an. Der Kläger wandte sich mit Schreiben vom 28. Juli 2014 gegen diese Absicht; gleichzeitig erhob er Verzögerungs-rüge und stellte zudem einen Antrag auf Einsicht in die Gerichts- und Verwaltungsakten. Das Sozialgericht bat daraufhin das Landessozialgericht um übersendung der Verwaltungsakten, die sich nach telefonischer Auskunft des Bundessozialgerichts inzwischen dort befinden mussten. Sodann fragte es, nachdem die Akten bis dahin nicht eingegangen waren, am 15. August 2014 bei dem Kläger an, ob dieser unter "Aufgabe der Verzögerungs-rüge" damit einverstanden sei, dass das Ausgangsverfahren ruhe, bis das Landessozialgericht über die dort anhängigen Verfahren entschieden habe. Der Kläger reagierte weder auf dieses Schreiben noch auf eine Erinnerung unter dem 6. Oktober 2014 noch schließlich auf eine erneute entsprechende Anfrage vom 23. November 2014. Das Gericht wies sodann mit Schreiben vom 22. Dezember 2015 auf Bedenken wegen der Zulässigkeit der Klage hin, da der fragliche Wohnraum nicht mehr zur Verfügung stehen und ein Fortsetzungsfeststellungsinteresse nicht gegeben sei dürfte.

Nachdem der Kläger auch hierauf nicht reagiert hatte, hörte das Sozialgericht mit Schreiben vom 20. Januar 2016 erneut zu einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid an, den es am 7. März 2016 schließlich erließ. Die Klage sei unzulässig, da sich die Anfechtungs- und Verpflichtungsklage hinsichtlich der Wohnungsangebote aus dem Oktober 2010 erledigt habe. Die Feststellungsklage des Klägers sei ebenfalls unzulässig, ein Feststellungsinteresse sei nicht ersichtlich.

Die nach Zustellung des Gerichtsbescheides am 8. März 2016 am 8. April 2016 eingelegte und trotz entsprechender Ankündigung nicht begründete Berufung des Klägers wies das Landessozialgericht nach Ablehnung eines am

---

Terminstag angebrachten Befangenheitsgesuchs â durch Urteil vom 17. Februar 2017 zurÃ¼ck und bestÃ¤tigte den angegriffenen Gerichtsbescheid auch hinsichtlich seiner BegrÃ¼ndung. Die Zustellung des Urteils erfolgte am 7. April 2017. Ein vom KlÃ¤ger gestellter Antrag auf Prozesskostenhilfe fÃ¼r die DurchfÃ¼hrung eines Beschwerdeverfahrens wegen der Nichtzulassung der Revision im Urteil des Landessozialgerichts blieb erfolglos (Beschluss des Bundessozialgerichts vom 23. Oktober 2017 â [B 4 AS 49/17 BH](#) u.a. â, juris).

Der KlÃ¤ger hat am 7. November 2017 einen isolierten Antrag auf Prozesskostenhilfe fÃ¼r eine beabsichtigte EntschÃ¤digungsklage wegen der nach seiner Auffassung unangemessenen Dauer des Ausgangsverfahrens gestellt, dem der Senat durch Beschluss vom 5. April 2019 â L 6 SF 60/17 PKH â entsprochen hat. Der KlÃ¤ger hat daraufhin â nach Zustellung des Beschlusses am 13. April 2019 â am 26. April 2019 die angekÃ¼ndigte Klage erhoben und beantragt, ihm wegen der versÃ¤umten Klagefrist aus [Â§ 198 Abs. 5](#) Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewÃ¤hren. Zur BegrÃ¼ndung hat er insbesondere ausgefÃ¼hrt, das Ausgangsverfahren habe eine Dauer von 53 Monaten gehabt. Da es sich um einen einfach gelagerten Sachverhalt gehandelt habe, sei eine maximale Verfahrensdauer von einem Jahr angemessen gewesen. Weder die zwischenzeitliche Versendung der Verwaltungsakten noch der Dezernatswechsel beim Sozialgericht kÃ¶nnten die VerfahrensverzÃ¶gerung rechtfertigen. Insofern sei eine VerzÃ¶gerung von 41 Monaten festzustellen; dies sei bei der in das Ermessen des Gerichts gestellten Bemessung der EntschÃ¤digung maÃgeblich zu berÃ¼cksichtigen, auch wenn er als MindestentschÃ¤digungsbetrag nur 1.200,- Euro geltend mache.

Dem Vorbringen des Beklagten ist er entgegengetreten: Die Errechnung einer durchschnittlichen Verfahrensdauer Ã¼ber mehrere Instanzen hinweg sei nicht zulÃ¤ssig. Weiter unterscheide [Â§ 198 GVG](#) als AusprÃ¤gung des Rechtsstaatsgebotes nicht zwischen "guten" und "schlechten" KlÃ¤gern. Wenn er eine Vielzahl von Klagen erhebe, so sei dies sein gutes Recht. AuÃerdem sei die DurchfÃ¼hrung des Ausgangsverfahrens notwendig gewesen, um durch entsprechende Feststellungen zu klÃ¤ren, welche Rechte ihm bei der Wohnungssuche zustÃ¤nden, umso mehr als er wegen der fortdauernden Verweigerungshaltung des Beigeladenen nunmehr seit Jahren in einer unrenovierten Wohnung leben mÃ¼sse.

Zum Zeitpunkt der Erhebung der VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge unmittelbar nach der AnhÃ¶rung zu einer Entscheidung durch Gerichtsbescheid hat er insbesondere ausgefÃ¼hrt, ihm sei zu diesem Zeitpunkt klargeworden, dass das Ausgangsverfahren Ã¼berlang geworden sei. Auch habe sich die hÃ¶chstrichterliche Rechtsprechung zu den EntschÃ¤digungsklagen erst entwickelt und im Jahr 2014 seien wichtige Entscheidungen des Bundessozialgerichts ergangen, die er abgewartet habe. Zudem sei ihm vor dem Hintergrund, dass im Jahre 2014 die Ãbergangsregelungen bei Inkrafttreten des Gesetzes fÃ¼r die EntschÃ¤digung Ã¼berlanger Verfahren keine Relevanz mehr gehabt hÃ¤tten, die Erhebung einer VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge vorher auch nicht besonders eilbedÃ¼rftig erschienen.

---

Er beantragt,  
den Beklagten zu verurteilen, ihm wegen der unangemessenen Dauer des  
Verfahrens vor dem Sozialgericht Marburg zum Aktenzeichen [S 8 AS 330/11](#) eine  
Entschädigung in Höhe von mindestens 1.200,- Euro nebst fünf Prozent Zinsen  
über dem Basiszinssatz seit Rechtsängigkeit zu zahlen.

Der Beklagte beantragt,  
die Klage abzuweisen.

Er verweist zur Begründung namentlich darauf, dass es an einer wirksamen  
Verzögerungsge fehle und das Ausgangsverfahren nicht unangemessen lange  
gedauert habe. Hierfür müsse das gesamte Verfahren von der Klageerhebung  
bis zum rechtskräftigen Abschluss ([Â§ 198 Abs. 6 Nr. 1 GVG](#)) in den Blick  
genommen werden. Dies habe zwar knapp sechs Jahre gedauert, was jedoch,  
verteilt auf drei Instanzen, nicht per se als außergewöhnlich lang angesehen  
werden könne. Zudem sei das Verfahren zunächst durch die Aktenanforderung  
seitens des Bundessozialgerichts geprägt gewesen. Weiter sei die Untätigkeit des  
Gerichts offenkundig auch dem Umstand geschuldet gewesen, dass es versucht  
habe, die Vielzahl der vom Kläger geführten Klageverfahren parallel zu  
bearbeiten, was schon allein deshalb zweckmäßig gewesen sei, um den  
Überblick zu bewahren. Dies gelte umso mehr, als es sich bei dem  
Entschädigungskläger um einen Vielkläger handle, der die hessische  
Sozialgerichtsbarkeit seit Jahren mit einer Vielzahl von unangemessenen  
Klagen und Verfahren überhäufe. Letztlich gehe es ihm vornehmlich darum,  
sozialgerichtliche Verfahren um ihrer selbst willen beziehungsweise deshalb zu  
führen, um anschließend eine Entschädigung wegen vermeintlich überlanger  
Verfahrensdauer zu erstreiten, was sich auch daran zeige, dass er selbst das  
Ausgangsverfahren nicht vorgebracht, sondern wiederholt auf gerichtliche  
Schreiben nicht reagiert habe. Insoweit müssten das hiesige Verfahren und die  
vom Senat am gleichen Tag verhandelten weiteren Entschädigungsklageverfahren  
zusammen betrachtet werden. Schließlich habe die unmittelbar nach Anhörung  
zum Gerichtsbescheid erhobene Verzögerungsge ihrer Warn- und  
Beschleunigungsfunktion nicht gerecht werden können und sei als  
missbräuchlich anzusehen.

Der Senat hat durch Beschluss vom 19. September 2019 den Träger der  
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Beklagten des  
Ausgangsverfahrens auf der Grundlage von [Â§ 75 Abs. 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG)  
zum Verfahren beigelegt. Einen Antrag hat dieser nicht gestellt.

Der Senat hat weiter eine Auskunft des Direktors des Sozialgerichts Marburg wegen  
der dort vom Kläger geführten Verfahren eingeholt. Wegen der Antwort wird auf  
dessen Schreiben vom 12. November 2019 (Bl. 40 ff. der Gerichtsakten) Bezug  
genommen.

Zum weiteren Vorbringen der Beteiligten sowie zur Ergänzung des Sach- und  
Streitstandes wird auf die gewechselten Schriftsätze sowie auf den Inhalt der  
Gerichtsakten auch zu den Parallelverfahren [L 6 SF 6/19 EK AS](#), [L 6 SF 8/19 EK](#)

---

[AS](#) und [L 6 SF 9/19 EK AS](#) <sup>â</sup> sowie der beigezogenen Akten, insbesondere der Ausgangsverfahren, verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Entschädigungsklage ist unbegründet. Dem Kläger steht der allein geltend gemachte Entschädigungsanspruch in Geld wegen der von ihm behaupteten unangemessenen Dauer des Ausgangsverfahrens nicht zu.

I. Gegenstand des Verfahrens ist nur der Entschädigungsanspruch in Geld aus [Â§ 202 Satz 2 SGG](#) in Verbindung mit [Â§ 198 Abs. 1 Satz 1 GVG](#), nicht dagegen der sogenannte "kleine" Entschädigungsanspruch, also die Feststellung der Unangemessenheit der Verfahrensdauer ([Â§ 202 Satz 2 SGG](#) i.V.m. [Â§ 198 Abs. 4 Satz 1 GVG](#)). Dieser muss zwar nicht separat beantragt werden ([Â§ 202 Satz 2 SGG](#) i.V.m. [Â§ 198 Abs. 4 Satz 2 GVG](#)); das Gesetz geht vielmehr (auch in der besonderen Kostenvorschrift des [Â§ 201 Abs. 4 GVG](#)) davon aus, dass es sich um ein wesensgleiches Minus zu dem mit der Leistungsklage verfolgten Zahlungsanspruch handelt (vgl. B. Schmidt, in: Meyer-Ladewig u.a., SGG <sup>â</sup> Kommentar, 13. Aufl. 2020, [Â§ 202](#) Rn. 26a). Der Kläger hat jedoch in der mündlichen Verhandlung ausdrücklich erklärt, dass die Feststellung der <sup>â</sup>berlänge des Verfahrens nicht geltend gemacht werde. Dies steht ihm im Rahmen des auch das sozialgerichtliche Verfahren beherrschenden Dispositionsgrundsatzes frei, so dass der Senat hierüber nicht zu entscheiden hat.

II. Die Klage ist zulässig. Die auf Entschädigung in Geld gerichtete Klage ist als reine Leistungsklage statthaft. Der Kläger hat zudem die Wartefrist aus ([Â§ 202 Satz 2 SGG](#) i.V.m.) [Â§ 198 Abs. 5 Satz 1 GVG](#) eingehalten. Das Landessozialgericht ist erstinstanzlich für die Entscheidung zuständig ([Â§ 202 Satz 2 SGG](#) i.V.m. [Â§ 201 Abs. 1 Satz 1 GVG](#)).

III. Die Klage ist jedoch nicht begründet.

1. Das folgt allerdings nicht bereits aus der Fristenregelung aus ([Â§ 202 Satz 2 SGG](#) i.V.m.) [Â§ 198 Abs. 5 Satz 2 GVG](#), die eine Erhebung der Entschädigungsklage spätestens sechs Monate nach Abschluss des Ausgangsverfahrens vorsieht. Der Kläger hat zwar diese Frist nicht eingehalten; wegen des von ihm rechtzeitig gestellten Antrags auf Prozesskostenhilfe und der unverzüglichen Klageerhebung nach deren Bewilligung ist die mit dem Verstreichen der Frist in der Regel verbundene Verwirkung jedoch nicht eingetreten; <sup>â</sup>ber den Wiedereinsetzungsantrag muss der Senat daher nicht entscheiden, weil der Kläger der Wiedereinsetzung nicht bedarf (vgl. zu alledem ausführlich das Urteil des Senats vom heutigen Tage im Verfahren [L 6 SF 8/19 EK AS](#)).

2. Es fehlt jedoch an der wirksamen Erhebung einer Verzögerungsgründe.

Entschädigung in Geld erhält ein Verfahrensbeteiligter nach ([Â§ 202 Satz 2 SGG](#) i.V.m.) [Â§ 198 Abs. 3 Satz 1 GVG](#) nur, wenn er bei dem mit der Sache befassten Gericht die Dauer des Verfahrens gerügt hat (Verzögerungsgründe). Dieser

---

kommt Warn- und Beschleunigungsfunktion zu (vgl. [BT-Drucks. 17/3802 S. 20](#); B. Schmidt, in: Meyer-Ladewig u.a., SGG – Kommentar, 13. Aufl. 2020, § 202 Rn. 28). Sie dient damit dem Primärrechtsschutz, soll dem Betroffenen also helfen, sein vom Gesetzgeber unterstelltes Ziel, ihm Rechtsschutz in angemessener Zeit zu verschaffen, als solches zu realisieren. Zugleich soll ein sogenanntes "Dulde und liquidiere" ausgeschlossen werden; dahinter steht die Erwägung, dass es einem Verfahrensbeteiligten nicht ermöglicht werden soll, einem Prozess seinen Lauf zu lassen und im Nachhinein Entschädigung zu verlangen, ohne zuvor dem Gericht gegenüber kenntlich zu machen, dass nach seiner Auffassung eine überlange Verfahrensdauer droht (vgl. Ähnl. LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 4. Dezember 2013 – [L 11 SF 398/13 EK AS](#) –, juris, Rn. 22).

Vor diesem Hintergrund ist der Senat der Auffassung, dass die Verzögerungsgründe im hiesigen Ausgangsverfahren zweckwidrig erhoben worden und daher als rechtsmissbräuchlich zu qualifizieren ist. Das dürfte zwar nicht bereits dann der Fall sein, wenn der Beteiligte über längere Zeit passiv den fehlenden Fortgang des Verfahrens hinnimmt und dann "plötzlich" Verzögerungsgründe erhebt, regelmäßig aber dann, wenn er die Verzögerungsgründe gar nicht ihrem Zweck entsprechend nutzt, sondern mit ihr zuwartet, bis ein baldiger Verfahrensabschluss auch ohne Verzögerungsgründe sich abzeichnet, und also davon auszugehen ist, dass er sein Verhalten an dem Ziel orientiert, eine möglichst hohe Entschädigungssumme zu erhalten (vgl. Ähnl. LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 27. April 2017 – [L 15 SF 18/16 EK AS](#) –, juris, Rn. 15).

Davon ist vorliegend auszugehen: Der Kläger hat, nachdem er sich zuvor monatelang nicht zu dem Verfahren geäußert hatte, Verzögerungsgründe unmittelbar als Reaktion auf eine ihm vom Sozialgericht übermittelte Anführung zum Gerichtsbescheid erhoben, also zu einem Zeitpunkt, zu dem er "befürchten" musste, dass das Gericht alsbald eine Entscheidung treffen würde. Schon dies legt eine zweckwidrige Erhebung nahe. Zusätzliche Hinweise in diese Richtung ergeben sich aus dem Umstand, dass der Kläger (erst) die Verzögerungsgründe mit einem Antrag auf Akteneinsicht verbunden hat. Das ist allein zwar sicherlich kein belastbarer Hinweis auf eine rechtsmissbräuchliche Gründe, wohl aber dann, wenn der Beteiligte die ihm vom Gericht umstandslos gewährte Akteneinsicht anschließend gar nicht wahrnimmt. Zur Überzeugung des Senats von einer allein mit Blick auf die Realisierung eines möglichst hohen Entschädigungsanspruchs erhobenen Verzögerungsgründe verdichten sich diese Hinweise dadurch, dass der Kläger das Verfahren selbst nicht ansatzweise gefährdet hat: So hat er sich auf Anfragen des Gerichts und Erinnerungen hierzu ganz überwiegend verschwiegen, im konkreten Fall namentlich auf die Anfrage, ob er mit einer vorrangigen Entscheidung der beim Landessozialgericht anhängigen Verfahren einverstanden sei, und auf den Hinweis auf die Gründe für die mögliche Unzulässigkeit der Klage. In dieses Bild ordnet sich weiter der Umstand ein, dass der Kläger sowohl die Klage wie die Berufung gar nicht (so im Fall der Berufung) beziehungsweise offensichtlich unzureichend (so im Fall der Klage durch die Gründe fehlender Anführung bei einem auf die Erteilung von

---

Zusicherungen gerichteten Begehren) begründet und weiteren Vortrag jeweils angekündigt, dann aber nicht gehalten hat. Ein zusätzlicher Hinweis darauf, dass er an einem zügigen Abschluss des Verfahrens gar nicht interessiert war, ergibt sich schließlich aus dem Umstand, dass er im Verfahren vor dem Landessozialgericht erst am Terminstag im Februar 2017 einen Befangenheitsantrag vorgelegt hat, obwohl die als Grund für die Besorgnis der Befangenheit angeführten Umstände längst bekannt waren: Der Kläger stützte sein Befangenheitsgesuch auf die Ablehnung von Prozesskostenhilfe in zwei Parallelverfahren durch Beschlüsse aus dem Juni beziehungsweise Juli 2016, weil das Landessozialgericht darin zu Unrecht davon ausgegangen sei, die den dortigen Verfahren zugrunde liegenden Klagen seien verfristet gewesen. Er hätte daher ein auf diese Zusammenhänge gestütztes Befangenheitsgesuch längst vorher anbringen können. Im Ergebnis lässt sich der Zeitpunkt, zu dem der Kläger den Ablehnungsantrag gestellt hat, kaum anders denn als Versuch werten, eine Durchführung der mündlichen Verhandlung am vorgesehenen Terminstag zu verhindern und damit den Abschluss des Verfahrens weiter zu verzögern. Zudem stellt sich das Verhalten des Klägers im hiesigen Ausgangsverfahren als Ausprägung eines Musters dar, das sich in ganz ähnlicher Weise auch in den Ausgangsverfahren zu den parallel erhobenen Entschädigungsklagen [L 6 SF 8/19](#) und [L 6 SF 9/19](#) finden lässt: Auch dort hat der Kläger das jeweilige Verfahren über lange Zeit selbst nicht betrieben, vielmehr die jeweilige Klage und die jeweilige Berufung nicht oder erkennbar unzureichend begründet und weiteren Vortrag angekündigt, dann aber nicht gehalten, gerichtliche Anfragen trotz Erinnerung hieran unbeantwortet gelassen und erst auf die Ankündigung einer beabsichtigten Entscheidung durch Gerichtsbescheid mit einer Verzögerungsfrage reagiert – auch dort verbunden mit einem Antrag auf Akteneinsicht, wobei er die bewilligte Möglichkeit zur Akteneinsicht ebenfalls nicht wahrgenommen hat. Insgesamt ergibt sich damit ein kohärentes Bild, wonach es dem Kläger gerade nicht um den schnellen Abschluss der Verfahren ging, sondern er die Verzögerungsfrage just zu dem Zeitpunkt angebracht hat, zu dem dies notwendig erscheinen musste, um einen möglichst hohen Entschädigungsanspruch realisieren zu können. Das aber widerspricht dem Zweck der Verzögerungsfrage, so dass ihre Erhebung als rechtsmissbräuchlich und damit unwirksam anzusehen ist.

Auch die Erläuterungen, die der Kläger hierzu in der mündlichen Verhandlung gegeben hat, bestätigen dies letztlich, namentlich wenn er darauf verweist, dass ihm vor dem Hintergrund, dass im Jahre 2014 die Übergangsregelungen aus der Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren keine Relevanz mehr gehabt hätten, die Verzögerungsfrage nicht besonders eilbedürftig erschienen sei. Auch dies zeigt, dass es ihm entgegen dem vom Gesetzgeber mit der Verzögerungsfrage verfolgten Zweck nicht unmittelbar um die Beschleunigung des Ausgangsverfahrens ging, sondern um die Sicherung eines Entschädigungsanspruchs.

Eine aus diesen Gründen rechtsmissbräuchlich erhobene Verzögerungsfrage ist einer verfristeten erhobenen (vgl. hierzu [ÄS 198 Abs. 3 Satz 2 GVG](#)) vergleichbar

---

---

und sperrt ebenso wie diese die Erhebung späterer R<sup>1/4</sup>gen nicht f<sup>1/4</sup>r immer; vielmehr kann der Betroffene, wenn sich das Verfahren im Anschluss (weiter) verz<sup>1/4</sup>gert, namentlich weil die absehbare Entscheidung doch nicht alsbald ergeht, erneut und dann wirksam die Verz<sup>1/4</sup>gerung des Verfahrens r<sup>1/4</sup>gen. Wie eine verfr<sup>1/4</sup>ht erhobene bleibt eine rechtsmissbr<sup>1/4</sup>uchliche Verz<sup>1/4</sup>gerungs r<sup>1/4</sup>ge selbst jedoch unwirksam (vgl. f<sup>1/4</sup>r die verfr<sup>1/4</sup>ht erhobene R<sup>1/4</sup>ge BFH, Urteil vom 26. Oktober 2016 â<sup>1/4</sup> [X K 2/15](#) â<sup>1/4</sup>, [BFHE 255, 407](#), Rn. 46).

Weitere Verz<sup>1/4</sup>gerungs r<sup>1/4</sup>gen â<sup>1/4</sup> die m<sup>1/4</sup>glicherweise anders zu bewerten w<sup>1/4</sup>ren, nachdem das Sozialgericht den angek<sup>1/4</sup>ndigten Gerichtsbescheid dann nicht alsbald erlassen worden war â<sup>1/4</sup> hat der Kl<sup>1/4</sup>ger nicht erhoben.

3. <sup>1/4</sup>berdies ist das Ausgangsverfahren im Ergebnis nicht als unangemessen lang zu bewerten; jedenfalls aber w<sup>1/4</sup>re, wenn man dies anders sehen wollte, â<sup>1/4</sup> ausnahmsweise â<sup>1/4</sup> eine Wiedergutmachung durch die Feststellung einer unangemessenen Verfahrensdauer ([Â§ 202 Satz 2 SGG](#) i.V.m. [Â§ 198 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 GVG](#)) ausreichend.

a) Die Dauer des Ausgangsverfahrens ist trotz seiner erheblichen L<sup>1/4</sup>nge auf Grund der gebotenen Gesamtabw<sup>1/4</sup>gung nicht als unangemessen zu bewerten.

aa) Gem<sup>1/4</sup> [Â§ 198 Abs. 1 Satz 2 GVG](#) (i.V.m. [Â§ 202 Satz 2 SGG](#)) richtet sich die Angemessenheit der Verfahrensdauer nach den Umst<sup>1/4</sup>nden des Einzelfalls, insbesondere nach der Schwierigkeit und Bedeutung des Verfahrens und nach dem Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter. Eine generelle Festlegung, wann ein Verfahren unverh<sup>1/4</sup>ltnism<sup>1/4</sup>ig lange dauert, ist nicht m<sup>1/4</sup>glich (vgl. am Ma<sup>1/4</sup>stab von [Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz](#) â<sup>1/4</sup> GG â<sup>1/4</sup>: BVerfG, Beschluss vom 30. August 2016 â<sup>1/4</sup> [2 BvC 26/14](#) â<sup>1/4</sup> Vz 1/16, juris; BVerfG, Beschluss vom 27. September 2011 â<sup>1/4</sup> [1 BvR 232/11](#) â<sup>1/4</sup>, juris), zumal Z<sup>1/4</sup>gigkeit und Verfahrensbeschleunigung keine absoluten Werte darstellen, sondern stets im Zusammenhang mit den <sup>1/4</sup>brigen Verfahrensgrunds<sup>1/4</sup>tzen, insbesondere dem Amtsermittlungsgrundsatz und dem damit korrespondierenden Interesse der Verfahrensbeteiligten an einer gr<sup>1/4</sup>ndlichen und zutreffenden Bearbeitung durch das Gericht, zu sehen sind. Wegen der Einzelheiten kann auf das Urteil des Senats vom 27. November 2019 â<sup>1/4</sup> [L 6 SF 24/17 EK KR](#) â<sup>1/4</sup> Bezug genommen werden.

bb) Hinsichtlich der Bedeutung und der Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens zun<sup>1/4</sup>chst ist festzuhalten, dass die vom Kl<sup>1/4</sup>ger eingeforderten Zusicherungen hinsichtlich der <sup>1/4</sup>bernahme von Unterkunfts aufwendungen f<sup>1/4</sup>r zwei Wohnungen, deren Anmietung er im September 2010 beabsichtigte, schon bei Einleitung des Verfahrens im Oktober 2011 kaum mehr Relevanz f<sup>1/4</sup>r ihn mehr haben konnten, da schon zu diesem Zeitpunkt nichts daf<sup>1/4</sup>r sprach, dass eine Anmietung einer dieser Wohnungen zu unver<sup>1/4</sup>nderten Bedingungen weiterhin m<sup>1/4</sup>glich gewesen sein k<sup>1/4</sup>nnte. Jedenfalls im Verlauf des Verfahrens ist <sup>1/4</sup>berdies auch (alsbald) ein (Fortsetzungs-)Feststellungsinteresse entfallen, da der Kl<sup>1/4</sup>ger in eine andere Wohnung umgezogen ist und trotz seines Hinweises auf den Zustand dieser Wohnung keine Gr<sup>1/4</sup>nde daf<sup>1/4</sup>r ersichtlich waren und sind, dass Anlass und damit ein (Fortsetzungs-)Feststellungsinteresse f<sup>1/4</sup>r die Kl<sup>1/4</sup>rung von Fragen im

---

Zusammenhang mit von ihm verlangten Zusicherungen f¼r tatsächlich nicht bezogene Wohnungen bestehen könnte.

Das auf Grund dieser Zusammenhänge allerdings auch als rechtlich wenig schwierig zu qualifizierende erstinstanzliche Verfahren dauerte vier Jahre und f¼nf Monate (vom Klageeingang im Oktober 2011 bis zur Zustellung des Gerichtsbescheides im März 2016). In diesem Zeitraum kann von (maximal) 26 Monaten ausgegangen werden, in denen es  dem Sozialgericht zurechenbar  zu keiner Verfahrensfrderung gekommen ist.

Zwischen dem Klageeingang und März 2012 zunächst ist es zu keiner relevanten Verfahrensverzögerung gekommen. Das Sozialgericht durfte vielmehr bis dahin auf die von ihm unmittelbar nach Eingang der Akten und des Klageabweisungsantrags des Beigeladenen im Dezember 2011 auf die Übersendung der dort ergänzend angeforderten "Dienstanweisung" warten, gegen die sich der Kläger gewandt hatte; dies gilt nur umso mehr, als das Sozialgericht ohnehin die Verwaltungsakten des Beigeladenen auf entsprechende Anforderung an das Bundessozialgericht übermittelt hatte; vor allem aber stand der vom Kläger angeklndigte Vortrag zur Klageerhebung aus, so dass es jedenfalls bis dahin zu keiner dem Sozialgericht zurechenbaren Verzögerung gekommen ist. Anschließend allerdings ist das Gericht erst im Juni 2014 wieder tätig geworden und hat sich  nach der Anhörung zum Gerichtsbescheid und der daraufhin vom Kläger erhobenen Verzgerungsfrge und des damit verbundenen Akteneinsichtsantrags  um die erneute Beiziehung der Verwaltungsakten bemüht.

Die in der Zeit ab August 2014 bis Dezember 2014 eingetretene Verfahrensdauer ist wiederum dem Kläger zuzurechnen, weil er auf die Anfragen des Sozialgerichts vom 15. August 2014 (und die zugehörige Erinnerung vom 6. Oktober 2014) sowie vom 23. November 2014 nicht reagiert hat. Aber auch hinsichtlich des anschließenden Zeitraums kann der Kläger angesichts seines eigenen Verhaltens eine Überlänge nicht mit Erfolg geltend machen: Immerhin hatte das Sozialgericht zweifach bei ihm angefragt, ob er im Hinblick darauf, dass er parallel Verfahren vor dem Landessozialgericht betrieb und sich die Akten des Beigeladenen dort befanden, einverstanden sei, das Ausgangsverfahren zurückzustellen. Wenn ein Beteiligter  wie hier der Kläger  auf eine entsprechende Anfrage trotz Erinnerung nicht reagiert, erscheint es treuwidrig, wenn er später eine dadurch eingetretene Verzögerung rügt (vgl. zur Zurechnung einer Zeit der Inaktivität, die dadurch entsteht, dass der Entschädigungskläger Fragen des Gerichts im Ausgangsverfahren nicht beantwortet, auch Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 27. Mai 2020 à [L 13 SF 5/19 EK AS](#) , juris).

Auch f¼r die weitere Zeit ab dem Hinweisschreiben des Sozialgerichts aus dem Dezember 2015 bis zum Verfahrensabschluss sind dann  nachdem das Sozialgericht angesichts des zwischenzeitlich erteilten Hinweises nachvollziehbar von der Notwendigkeit einer erneuten Anhörung zum Gerichtsbescheid ausging  keine weiteren Zeiträume ersichtlich, die als verzögert zu bewerten sein könnten.

---

Im Ergebnis lässt sich, wenn überhaupt, nur für den Zeitraum zwischen dem Eingang des Schreibens des Beklagten mit den "Hinweisen zur Angemessenheit von Unterkunfts-kosten" im März 2012 bis zur Anführung zum Gerichtsbescheid im Juni 2014 von einer unzureichenden Verfahrensförderung durch das Gericht ausgehen, sofern man nicht auch insofern mit Blick auf den angeklagten, aber nicht gehaltenen Vortrag zur Klagebegründung und die nahezu durchgängig fehlende Reaktion auf gerichtliche Schreiben von einer (überwiegenden Mit-)Verursachung durch den Kläger ausgeht, obwohl das Gericht hier nicht (mehr) erinnert hat. Jedenfalls für alle anderen Zeiträume ist das Prozessverhalten des Klägers ein zumindest so gewichtiger Umstand, dass er die dadurch verursachte Dauer nicht als ihm gegenüber unangemessen rügen kann. Damit ist von einer unzureichenden Verfahrensförderung allenfalls in einem Umfang von 26 Monaten auszugehen.

cc) Dem steht zunächst die übliche Bearbeitungs- und Überlegungsfrist des Gerichts von zwölf Monaten gegenüber (vgl. zu dieser BSG, Urteil vom 3. September 2014 – B 10 – G 12/13 R –, juris, Rn. 53; Senat, Urteil vom 27. November 2019 – [L 6 SF 24/17 EK KR](#) –). Es gibt im vorliegenden Verfahren keinen Anlass, diese zu verkürzen, namentlich von einer angemessenen Verfahrensdauer von insgesamt nur zwölf Monaten auszugehen, wie der Kläger dies geltend gemacht hat. Zwar war das Ausgangsverfahren, wie erwähnt, wegen seiner erkennbaren Unzulässigkeit einfach gelagert. Andererseits ist bereits in diesem Zusammenhang die Vielzahl der vom Kläger angestrebten Verfahren zu berücksichtigen, die dem Sozialgericht die Übersicht notwendig erschwerten, die aber von ihm doch im Blick zu behalten waren – auch im Hinblick auf mögliche Gründe der Unzulässigkeit wie einer doppelten Rechtshängigkeit – und es sinnvoll erscheinen lassen mussten, die Verfahren beispielsweise gruppenweise zu bearbeiten.

Auch der danach verbleibende Zeitraum von 14 Monaten, in denen über die Bearbeitungs- und Überlegungsfrist hinaus eine konkrete Verfahrensförderung durch das Gericht nicht zu erkennen ist, führt auf Grund der in einem weiteren Schritt anzustellenden Gesamtabwägung nicht dazu, dass eine entschuldigungspflichtige Überlänge des Verfahrens festzustellen wäre.

Insoweit ist zunächst von Bedeutung, dass das zweitinstanzliche Verfahren sehr schnell bearbeitet worden ist, so dass schon dies geeignet ist, die Dauer des erstinstanzlichen Verfahrens teilweise auszugleichen. Dagegen wird man das Verfahren vor dem Bundessozialgericht entgegen der vom Beklagten aufgestellten Berechnung nicht in die Beurteilung einbeziehen können, da es sich wie zur Einhaltung der Klagefrist aus [Â§ 198 Abs. 5 Satz 2 GVG](#) bereits ausgeführt um ein isoliertes Prozesskostenhilfverfahren zu einer beabsichtigten und dann nicht erhobenen Nichtzulassungsbeschwerde handelte, das den Eintritt der Rechtskraft nicht hinausschieben konnte (vgl. zur fehlenden Berücksichtigung von erfolglos eingelegten Rechtsbehelfen, die als solche den Eintritt der Rechtskraft nicht hindern, wie beispielsweise die Anführungsbeispiele: Engel-Boland, in: Roos/Wahrendorf, Sozialgerichtsgesetz, 2014, Â§ 202 Rn. 44).

---

Vor allem aber ist auch und gerade im Rahmen der Gesamtabwägung das beschriebene Prozessverhalten des Klägers von erheblicher Bedeutung. Da die von einem Beteiligten hinzunehmende Dauer des Verfahrens sich letztlich daran bemisst, welche Wartezeit ihm im Einzelfall zugemutet werden kann (vgl. so auch BSG, Urteil vom 3. September 2014 – B 10 ÅG 2/13 R –, juris, Rn. 44), ist es sachgerecht, insbesondere das Verhalten des Entschädigungsklägers und dessen Bemühungen um eine Prozessförderung beziehungsweise umgekehrt dessen Mitwirkung an einer Verfahrensverzögerung in die Wertung mit einzustellen (Senat, Urteil vom 27. November 2019 – [L 6 SF 24/17 EK KR](#) –). Gibt er durch sein Prozessverhalten begründeten Anlass zu der Einschätzung, dass er selbst das Verfahren nicht als dringlich betrachtet, verlängert sich die noch als angemessen zu qualifizierende Verfahrensdauer. Angesichts des schon im Zusammenhang mit der Unwirksamkeit der Verzögerungsfrage im Einzelnen dargestellten Prozessverhaltens des Klägers im Ausgangsverfahren ist dies vorliegend von erheblichem Gewicht.

Hinzu kommt die ausgesprochen geringe Bedeutung des Ausgangsverfahrens: Gegenstand des Rechtsstreits waren, wie ausgeführt, in erster Linie Zusicherungen hinsichtlich der Übernahme der Aufwendungen für Wohnungen, in die der Kläger ehemals umzuziehen gedachte, wobei diese Wohnungen schon bei Klageerhebung kaum mehr zur Verfügung gestanden haben könnten und er zudem schon relativ zu Anfang des Verfahrens in eine andere Wohnung umgezogen war.

Weiter kann auch losgelöst von der unmittelbaren Rückwirkung auf die Verfahrensführung im konkreten Fall nicht unberücksichtigt bleiben, dass der Kläger in dem Zeitraum, in dem er auch das hiesige Verfahren geführt hat, eine große Zahl von Verfahren bei dem Sozialgericht Marburg anhängig gemacht hat: Konkret ergibt sich aus der von dem Direktor des Sozialgerichts Marburg übermittelten Aufstellung, dass der Kläger in den Jahren 2011 bis 2016, also den Jahren, in denen auch das hiesige Verfahren beim Sozialgericht geführt wurde, dort gut 30 Verfahren anhängig gemacht hat; hinzu kamen weitere bei Klageeingang noch anhängige Verfahren aus früheren Jahren. Unter diesen Umständen muss ein Kläger damit rechnen, dass es bei seinen Verfahren zu Verzögerungen kommen kann, und zwar auch unabhängig von konkret beschreibbaren Hindernissen wie der Aktenübersendung an andere Gerichte.

Wenn das Sozialgericht vor diesem Hintergrund das hiesige und damit eines der vielen vom Kläger geführten Verfahren nur mit Verzögerungen betrieb, so ist eine deutlich über das Übliche hinausgehende Verfahrensdauer nicht als unangemessen zu qualifizieren; das gilt jedenfalls, wenn es sich wie hier um ein Verfahren handelt, das auf die konkrete Lebenssituation des Klägers erkennbar keine Auswirkungen mehr haben konnte und hinsichtlich dessen im Grunde schon die Fortdauer eines Rechtsschutzbedürfnisses in Frage stand.

bb) Selbst wenn man dies anders beurteilen wollte, wäre im übrigen für die dann gebotene Wiedergutmachung die vom Kläger nicht geltend gemachte Feststellung einer unangemessenen Dauer des Ausgangsverfahrens ausreichend,

---

eine Entschädigung in Geld dagegen nicht geboten. Wegen der Voraussetzungen im Einzelnen kann auf die Urteile des Senats vom heutigen Tage in den Verfahren [L 6 SF 6/19 EK AS](#) und [L 6 SF 8/19 EK AS](#) Bezug genommen werden.

Auch im hiesigen Verfahren ist ein Entschädigungsanspruch in Geld ausgeschlossen, weil die dem Entschädigungsverfahren zugrunde liegende Klage aussichtslos und dies für den Kläger erkennbar war (vgl. in diesem Sinne auch Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 27. Mai 2020 [L 13 SF 5/19 EK AS](#), juris) und er durch sein Gesamtverhalten erheblich zur Verzögerung beigetragen hat (vgl. hierzu die Begründung zum Gesetzentwurf [BT-Drucks. 17/3802 S. 20](#) sowie BSG, Urteil vom 21. Februar 2013 [B 10 ÄG 1/12 KL](#), [BSGE 113, 75](#), Rn. 45).

Maßgeblich ist insofern wiederum insbesondere das Prozessverhalten des Klägers, der zur Verfahrensförderung seinerseits nichts beigetragen hat. So entspricht schon die Klageschrift ersichtlich einem auf die Ausgangsverfahren nicht passenden Muster. Der auf die "notwendigen Sozialleistungen" und die Feststellung eines Eingriffs in die Rechte des Klägers gerichtete Klageantrag ist ebenso schablonenhaft wie die sehr kurze Klagebegründung. Diese war für sein Klagebegehren erkennbar unzureichend, nachdem der Kläger im Wege der (Anfechtungs- und) Verpflichtungsklage eine Erweiterung seiner Rechtsposition zu erlangen suchte, die er ersichtlich allein mit dem Hinweis auf einen vermeintlichen Anhängemangel nicht erreichen konnte. Auf weitere Schreiben des Gerichts hat der Kläger, wie bereits ausgeführt, [abgesehen von der Anhörung zum Gerichtsbescheid](#) nicht mehr reagiert. Im Berufungsverfahren fehlte es dann trotz entsprechender Ankündigung vollständig an einer Begründung. Die zeitliche Gestaltung des Ablehnungsantrags legt überdies nahe, dass der Kläger nach Möglichkeit die Durchführung der mündlichen Verhandlung am vorgesehenen Terminstag verhindern wollte. Ein Bemühen, seinerseits zu einer schnellen oder auch nur nicht verzögerten Erledigung des Rechtsstreits beizutragen, ist nicht ersichtlich. All dies findet sich im übrigen (nahezu) identisch in den Ausgangsverfahren zu den vom Senat am gleichen Tag entschiedenen Verfahren [L 6 AS 8/19 EK AS](#) und [L 6 AS 9/19 EK AS](#).

Im Ergebnis wäre daher [eine unangemessene Verfahrensdauer zu Gunsten des Klägers unterstellt](#) jedenfalls eine Entschädigung in Geld nicht geboten, sondern eine Wiedergutmachung durch die vom Kläger nicht geltend gemachte Feststellung der [Berlänge](#) ausreichend.

IV. Die Kostenentscheidung ergibt sich aus [Â§ 197a Abs. 1](#), [Â§ 183 Satz 5 SGG](#) in Verbindung mit [Â§ 154](#) Verwaltungsgerichtsordnung.

V. Die Revision ist nicht zuzulassen, nachdem keiner der in [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) abschließend aufgeführten Gründe hierfür vorliegt. Namentlich ist das Verfahren nicht von grundsätzlicher Bedeutung: Die der Entscheidung zugrunde liegende Rechtsauffassung, dass eine Verzögerungsfrage wie andere Prozesshandlungen unwirksam sein kann, wenn sie zweckwidrig und in diesem Sinne rechtsmissbräuchlich erhoben wird, steht nach Ansicht des Senats als solche

---

außer Zweifel. Ihre tatsächliche Ausfüllung im Einzelfall und die Überzeugungsbildung des Senats sind nicht revisibel. Ähnliches gilt für die Fragen, die mit den Kriterien für eine unangemessene Dauer gerichtlicher Verfahren und die ausnahmsweise ausreichende Wiedergutmachung durch die Feststellung der Überlänge verbunden sind.

VI. Der Streitwert ist endgültig auf 1.200,- Euro festzusetzen: Zwar hat der Kläger eine höhere Entschädigung angeregt und in das Ermessen des Gerichts gestellt, bei dem von ihm formulierten Antrag aber doch an dieser Summe festgehalten.

Erstellt am: 23.11.2020

Zuletzt verändert am: 22.12.2024